



Ministerie van Buitenlandse Zaken



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Gemeinsame Erklärung

der

Ministerin

**für Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit
der Niederlande**

und

des Bundesministers

**für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
der Bundesrepublik Deutschland**

zu

existenzsichernden Löhnen und existenzsichernden Einkommen

27. Januar 2021

1. Wir, die Ministerin für Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit der Niederlande und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, haben uns am 27. Januar 2021 virtuell getroffen.
2. Wir haben uns in einer Zeit getroffen, in der der nachhaltige Welthandel vor großen Herausforderungen steht, in der die Ungleichheiten zunehmen und die Chancen-, Wohlstands- und Machtunterschiede innerhalb der globalen Lieferketten enorm sind; in der die Beseitigung der Armut die größte globale Herausforderung und zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung ist.

3. Wir haben uns auch in einer Zeit immenser Chancen getroffen. Die Chancen, die wir ergreifen und die Entscheidungen, die wir treffen, werden über die Wirksamkeit von Maßnahmen für eine nachhaltige Weltwirtschaft zur Sicherung der Zukunft entscheiden.
4. Wir sind davon überzeugt, dass ein **partnerschaftliches und gemeinsames Handeln** der EU-Mitgliedsstaaten die **treibenden Kräfte für die Beseitigung der Armut stärken**, zu gemeinsamem Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung beitragen und das Wohlergehen in der Welt verbessern wird, wobei die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, insbesondere SDG 1, SDG 8 und SDG 12, sowie die Nationalen Aktionspläne für Wirtschaft und Menschenrechte berücksichtigt werden.
5. In diesem Zusammenhang haben wir, die Ministerin für Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit der Niederlande und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, eine Partnerschaft für eine nachhaltige, inklusive und ausgewogene Weltwirtschaft geschmiedet und kündigen damit heute die folgenden Maßnahmen an:
6. Wir **fördern den Dialog** zwischen Regierungen aus Verbraucherländern und Regierungen aus Erzeugerländern im Zusammenhang mit der **Verwirklichung nachhaltiger Lieferketten**. Wir fördern die Bedeutung eines **angemessenen Mindestlohns**, der zur Deckung der Lebenshaltungskosten ausreicht. Gleichzeitig setzen wir uns weiterhin für eine höhere Produktivität als eine Grundlage für höhere Löhne für Arbeiter und Arbeiterinnen in unseren Partnerländern ein, z. B. durch bessere Ausbildung und Qualifizierung. Wir unterstützen auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bei der Entwicklung von Indikatoren und Methoden zu den Bedürfnissen der Arbeitenden und ihren Familien in den Beschäftigungsländern, die zu **Richtwerten für die Lebenshaltungskosten** führen. Diese Richtwerte könnten in zukünftigen Lieferkettenprojekten eine normative Grundlage für existenzsichernde Löhne und existenzsichernde Einkommen in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern bilden.
7. Wir sind uns bewusst, dass ein existenzsichernder Lohn für Arbeitende und ihre Familien in globalen Lieferketten sowie ein existenzsicherndes Einkommen für Produzenten und Unternehmer und ihre Familien unerlässlich sind, um absolute Armut und damit Kinder- und Zwangsarbeit zu beseitigen. **Die nachhaltige Gestaltung unserer globalen Lieferketten** ist ein entscheidender Teil zur Erreichung dieses globalen Ziels. Wir, die Ministerin für Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit der Niederlande und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, stehen

für die Bedeutung von existenzsichernden Löhnen und existenzsichernden Einkommen zur Beseitigung der absoluten Armut. Sie sind insbesondere der Meinung, dass dieses gemeinsame Ziel erreicht werden kann, indem (i) der **soziale Dialog** und die **Befähigung von Arbeitenden und Produzenten in der Entwicklungszusammenarbeit** unterstützt werden und (ii) ein **verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln** befürwortet wird. Wir werden für diese Politik in den relevanten multilateralen und europäischen Foren eintreten.

8. Wir setzen uns dafür ein, dass existenzsichernde Löhne und existenzsichernde Einkommen in die **EU-Politik zu nachhaltigen Wertschöpfungsketten** und in zukünftige Überprüfungen der Nationalen Aktionspläne für Wirtschaft und Menschenrechte in den Niederlanden und in Deutschland einbezogen werden.

Unterzeichnet am 27. Januar 2021 in Berlin und Den Haag.

Sigrid Kaag

Ministerin
für Außenhandel und
Entwicklungszusammenarbeit
der Niederlande

Dr. Gerd Müller

Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung der Bundesrepublik
Deutschland